

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abohnenkungspreis monatlich 1,50 Mf., vierjährlich 4,50 Mf.; durch die Post bezogen monatlich 3 Mf., vierjährlich 9 Mf. — Veranlassungsanzeigen zu je pro Seite 75 Pf. — Den- und Gerätschaftsanzeigen werden nicht aufgenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Karl Schub; Druck: G. Haasen & So.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, nämlich Bochum, Siemshauer Str. 39—42. Tel. 82, 93 u. 234. Teleg. Adr.: Altverband Bochum.

Krise im Erzbergbau.

Der Niedergang des „allein wirtschaftlichen“ privatkapitalistischen Industrialismus nimmt gar kein Ende. Von dem interessierten Unternehmertum beflockte Kommandore tunen in das Fleckamehorn, volkswirtschaftliche Ignoranten und allgemein geistig Arme stimmen mit in das Gedudel ein. Die läblichen Regierungen haben das den Arbeitern und Angestellten feierlich gegebene Versprechen, die Sozialisierung in Angriff zu nehmen, vergessen, lassen den Privatkapitalismus wieder schalten und walten, ungehemmter als vor dem Kriege.

Wohin wir mit dieser Wirtschaft gekommen sind, dafür ist nicht nur die an Gründen überreiche Kaliindustrie, sondern auch unser Erzbergbau ein Schulbeispiel. Sollte man es für möglich halten, daß der deutsche Erzbergbau an starker „Überproduktion“ leidet?

Deutschland hatte 1913 eine Eisenerzförderung von fast 86 Millionen Tonnen. Davon kamen aber 21,13 (58,81 Prozent) aus Lothringen, 7,83 (20,40 Prozent) aus Luxemburg. Als uns Lothringen durch den verbrecherischen Krieg verloren ging, verloren wir auch die weltweit bedeutendste Hauptgrundlage unserer einheimischen Eisenerzversorgung. Was lag nun näher als die Annahme, daß die uns verbliebenen Eisenerzgebiete — vornehmlich im Sieg-Lahn-Dillkreise, in Thüringen und Süddeutschland — nicht einmal imstande sein würden, den einstweilen nun weit geringeren deutschen Erzbedarf zu decken? In der Tat war diese Annahme durchaus gerechtfertigt, wenn, ja wenn unsere Wirtschaft ein gemeinschaftlicher Plan an zugrunde läge. Das heißt, wenn unsere einheimischen Produktionssättler in erster Linie zur Bedarfsdeckung herangezogen und nur die noch fehlenden Mengen aus dem Auslande bezogen würden.

Wir auf den persönlichen Profit bedachte, hochadriescne Privatkapitalismus handelt entgegengetreten. Unsere einheimischen Eisenerzgebiete sind schon seit längerer Zeit zu einem so großen Teil ausgegeschlossen von der Versorgung unserer Hüttenwerke, daß namentlich im Lahn-Dillgebiet große Erzhaufen auf den Grubenlagerfeierschichten angelegt und sonst die Betriebe eingeschränkt werden. Nun nicht etwa wegen Kohlemangel! Auch der Absatz der Erze aus dem Sieg-Lahn-Dillgebiet, an dessen Ausbeutung das Reich mit 25 Prozent der Aktien beteiligt ist, ging stark zurück, trotz der Preissnachlässe. Wenn die deutsche Eisenerzerzeugung auch auf die Hälfte der 1913 erzielten Menge zurückgegangen ist, so muß man doch bedenken, daß damals circa 40 Millionen Tonnen Roherz verbraucht wurden. 14 Mill. To. wurden 1913 eingeführt, 2,6 ausgeführt, blieben also mit der Eisenerzförderung rund 47 Mill. To. für den deutschen Verbrauch. Davon lieferen die uns jetzt noch verbliebenen einheimischen Erzgruben nur 7—8 Mill. To. Wäre unsere Wirtschaft nach einem gemeinsamen Plan geleitet, dann würden die Eisenerzgruben im Sieg-Lahn-Dillgebiet, in Thüringen usw. nun nicht unter Abschmängel leiden, vielmehr könnten sie die einheimische Erznachfrage nicht befriedigen und durften eher Überschüsse einlegen, statt wie jetzt Feierschichten.

Die großen Hüttenwerksbesitzer führen in großem Maße ausländische Eisen an, stören sich den Leidenum die volkswirtschaftliche Notwendigkeit, in erster Linie unsere einheimischen Erzgruben mit Aufträgen zu versorgen! Allein im September 1920 (neuer Bissenn liegen und noch nicht vor) wurden 610 858 To. Ausländische eingeschafft, in den ersten neun Monaten 1920 schon 4 757 030 Tonnen! Die Einfuhr steigt, der einheimische Erzbergbau aber liegt zum großen Teil brach! Die Erze kommen hauptsächlich aus Bries-Böhringen-Luxemburg (Minette), Norwegen-Schweden und Spanien. Die deutschen Hüttenwerksbesitzer legen Stein und Bein über „hohe Selbstkosten“, teure Erzversorgung, vertragte Baukredite — und bringen es doch fertig, überseitische Erze in großen Mengen hereinzuholen.

Die Eisenerzpreise sind gefallen und gehen weiter zurück. Französische Minette wird zu 9—10,50 Franks pro Tonne verkauft (Griechenpreis 2,50—3,50 Franks), das sind jetzt 54 bis 68 Papiermark für ein durchschnittlich 30-prozentiges Roherz. Im März wurden für Minette ab Groß-Moehren zwar noch 19—20,50 Franks „notiert“, waren aber schon billiger zu haben. Die französischen Gruben wissen auch nicht wohin mit ihrer, ebenfalls stark reduzierten Förderung. Siegener Roherz stand im März der Tonnenpreis (auch schon herabgesetzt) auf 271 Mf., für gerösteten Spateisenstein sogar auf 406 Mf., für manganhaltigen Brauneisenstein auf 110—260 Mf., für Nassauer Ro-

eisenstein, 50prozentiger, auf 880 Mf., für 40prozentigen auf 178 Mf., für 30 prozentigen auf 80 Mf., alles ab Grube. Im gleichen Monat 1914 wurden für Roherz 12,60 Mf., für gerösteten Spateisenstein 19 Mf., für besten Nassauer Roteisenstein 18,60 Mf. gezahlt! Eine ungeheurende, wohl beispiellose Preischauderer für einen Rohstoff wie Eisenerz. Wer vor diesem wütenden Tanz um das goldene Kalb wärnte, wurde als volkswirtschaftlicher Nichtswisser hingestellt und den Arbeitern als „Feind der Lohnhöhungen“ denunziert. Was haben die Arbeiter nun von ihren Papiermarklöhnen? Die kapitalistischen Spekulanten haben sich „gefunden“ gemacht, der ganze Status des Grubenbetriebs und die Haushaltungen der Familien hatten sich auf die volkswirtschaftlich total ungewönden Überpreise eingestellt. Nun lassen die „patriotischen“ Hüttenwerksbesitzer die einheimischen Erzgruben mit den ganz unnötig hochgetriebenen Preisen liegen, laufen in zunehmendem Maße billigeres Auslandserz, wobei in Betracht kommt, daß bei der Verhüttung der phosphorreichen und salzhaltigen Minen noch hochgezahlt Nebenprodukte (Thomasphosphatmehl) absinken und salzhaltige Buchläge nicht niedrig sind. Erfolgedessen liegen auch zahlreiche Kalksteinbrüche still.

Würde unsere Volkswirtschaft nach einem großzügigen, das Wohl und Wehe aller ihrer Teile berücksichtigenden Plan geleitet, dann würde eine Gegenrechnung ergeben, daß das Brachliegen einheimischer Erzgruben uns volkswirtschaftlich teurer zu stehen kommt, als nun privatwirtschaftlich durch die ungünstige Verhüttung ausländischer Erze profitiert wird. Aber eine solche Tendenz ist ja sozialistisch — und davor bewahren uns der liebe Himmel!

Dem Volke wird gepredigt, zugunsten der eigenen Volkswirtschaft, wenn eben möglich, ganz auf ausländische Waren zu verzichten. Inländische Produkte zu kaufen, um Leute blödschlüssigfähigkeit zu bessern. Für die großen „Industriekapitäne“, die über unsere Hütten- und Stahlwerke kommandieren, gilt jene Predigt wohl nicht? Vertreter unserer Verbände haben wiederholt unteren und obersten Regierungshäfen vergeblich, daß es durchaus notwendig sei, unserem Erzbergbau Aufträge zu vertheilen, damit die Arbeiter nicht verdursten. Wir merken nicht, daß nach dieser Richtung hin behördlich gewirkt wird. Wir hören immer nur das Lobpreisen der „freien kapitalistischen Wirtschaft“, der wir den ganzen Dämmen, unter dem die Völker leiden, zu danken haben.

Betriebsratswahlen stehen bevor!

Diese sind im Bergbau von ganz besonderer Bedeutung. Der Ausfall der Betriebsratswahlen ist für die Durchführung der Sozialisierung

mit entscheidend. Deshalb darf nur die Liste der freien Gewerkschaften gewählt werden. Kameraden! Nutzt die Zeit, agitiert, werbt für die freigewerkschaftliche Kandidatenliste!

Auf zum Kampf und Sieg für die freien Gewerkschaften!

Abschluß der Lohnbewegung im Ruhrbergbau.

Die Revierkonferenz der im Bergbau vertretenen freigewerkschaftlichen Arbeiter- und Angestelltenverbände, welche am 17. April in Essen tagte, hatte einstimmig beschlossen, über Annahme oder Ablehnung der am 12. und 13. April, nachdem der Schiedsspruch vom 11. März abgelehnt wurde, zwischen den Arbeitnehmerverbänden und dem Betriebsverband zu stande gekommenen Vereinbarung eine Urabstimmung unter den Mitgliedern herbeizuführen. Dieselbe fand am 24. April statt. Mit einer starken Zweidrittelmehrheit lehnten die Mitglieder die neue Vereinbarung ab. Die Urabstimmung im H.-O. Gewerkschaftsverein brachte ebenfalls eine Ablehnung mit großer Majorität. Die Polnische Berufsvereinigung, welche ausdrücklich des Schiedsspruchs eine Konferenz nicht abgehalten hatte, stellte auf ihrer Konferenz am 17. April den Schiedsspruch und die Vereinbarung vom 12. und 13. April zur Abstimmung. Beide Vor-

schläge wurden von der Revierkonferenz mit starker Mehrheit abgelehnt.

Diese Abstimmungen zeigen klar, daß unter den Bergarbeitern eine starke Abneigung gegen Überarbeitszeit vorhanden ist. Sie zeigen aber auch mit aller Deutlichkeit, daß eine Verbindung der Lohnfrage mit Überarbeitung unmöglich ist.

Alle Beteiligten waren sich darüber klar, daß mit der Ablehnung der Vereinbarungen die Lohnfrage nicht erledigt sein konnte. Deshalb wurde von den Organisationen zur erneuten Verhandlung gedrängt. Diese fand am Donnerstag, den 28. April, statt. Als Vertreter des Reichsarbeitsministers nahmen daran teil Geheimrat Siesler und Regierungsrat Lüdtke, als Vertreter des Reichs- und Staatskommissärs unserer Kameraden Linke. Die Verhandlung gestaltete sich recht schwierig. Die Arbeitervertreter ließen keinen Zweifel darüber, daß an Überarbeiten gegenwärtig nicht zu denken sei. Sollte die Wirtschaftslage solche später unbedingt notwendig machen, müsse darüber beraten werden. Die Arbeitgeber erklärten, ihrerseits den Lohnausgleich ohne Überarbeitung nicht zahlen zu können. Nach langer

Verhandlung kam schließlich auf Vorschlag des Herrn Geheimräters Siesler folgende Vereinbarung zustande:

Vom 20. April d. J. treten folgende Lohnhöhungen ein:

1. Für Gedingearbeiter unter Tage von 5,50 Mf. je Schicht gegenüber dem Durchschnittslohn der betreffenden Gedinge-arbeiter der einzelnen Schachtanlagen vom Oktober 1920.

2. Für Schichtlöhner über 20 Jahre unter und über Tage 8 Mf. je Schicht.

3. Für die 18 und 19 Jahre alten Schichtlöhner unter und über Tage 4,50 Mf. je Schicht.

4. Für die 16 und 17 Jahre alten Schichtlöhner unter und über Tage 2,50 Mf. je Schicht.

5. Für die 14 und 15 Jahre alten Schichtlöhner 1,50 Mf. je Schicht.

Für die Gedingearbeiter wird der Grundlohn auf 27 Mf. erhöht. Die Untertagszulage von 3 Mf. bleibt daneben bestehen, dagegen werden die bisherigen Zulagen von 4,50 Mf. und 2 Mf. bzw. 1 Mf. je Schicht, soweit sie nicht durch die Erhöhung des Grundlohnes abgeglichen sind, im Gedinge berechnet.

Bedingung für dieses Abkommen ist, daß die Reichsregierung auf die Währung des Betrages von 5 Mf. verzichtet, der gegenwärtig von Kohlenpreisen für die Lebensmittelversorgung der Bergleute eingehalten wird und hierfür bei Weißfall der Überarbeiter nicht mehr in Betracht kommt.

Bei diesem Abkommen wird vorausgesetzt, daß die Kohlenförderung in der regelmäßigen Schicht so erhöht wird, daß unserer Wirtschaft die nötigen Kohlenmengen zugeführt werden können. Sollte die Steigerung der Kohlenförderung in den erforderlichen Maße trotzdem auch bei Beachtung notwendiger technischer Betriebsverbesserungen nicht eintreten, so wird ein neues Überarbeiterabkommen vereinbart werden müssen, über das in der Arbeitsgemeinschaft zu verhandeln ist.

Für die technischen und kaufmännischen Angestellten des Fuhrberobaus gelten die bereits erzielten Gehaltsaufbesserungen ebenfalls ohne gegenwärtige Verknüpfung mit dem Überarbeiterabkommen.

Nach diesem Abkommen sollen die 5 Mf., welche am 1. April pro Tonne Kohle für verbesserte Lebensmittel an das Reich abgeführt wurden, den Unternehmern verbleiben. Ein anderes Resultat war nicht zu erreichen.

Die Lohnbewegung kann nun mehr als abgeschlossen angesehen werden. Sie ist in mancher Hinsicht sehr lehrreich und beachtenswert. Würden die Bergarbeiter geschlossen dem Bergarbeiterverband angehören, würde ihr Verlauf ein anderer gewesen sein.

Zur Sozialisierung der Kaliindustrie.

Nachdem die Sozialisierungskommission ihre Gutachten zur Frage der Sozialisierung des Kalibergbaus abgegeben hatte, wandte sie sich dem Kalibergbau zu. In eingehenden Untersuchungen, unter intensiver Beteiligung von allen namhaftesten Sachverständigen der Industrie selbst, der Arbeiter- und Angestelltenräte, der geologischen und chemischen Wissenschaft, sowie der Landwirtschaftlichen und industriellen Kommissionen, hat die Kommission die Frage zu klären gesucht, in welcher Weise die Kaliindustrie am größtmöglichen zu organisieren sei.

Bei allen Mitgliedern der Kommission herrschte Einmütigkeit darüber, daß der Kalibergbau grundsätzlich anders zu betrachten sei als der Kohlenbergbau. Während bei der Kohle die Produktion noch hinter der Nachfrage zurückbleibt, leidet die Kaliindustrie an einer erheblichen Überproduktion. Die Gesetzgebung der Vorkriegszeit hat die Spekulation zur Auflage zahlreicher neuer Produktionsstätten angeregt, vor allem auch im Vertrauen auf die Monopolstellung des deutschen Reichs bezüglich der Kaliborsten.

Die Kaliindustrie, deren Absatz vor dem Kriege zu 50 Prozent im Auslande lag, wurde natürlich durch den Krieg auf alten Werkstätten betroffen, ihre mit ungeheuren Kosten und Mühen geschaffenen Absch. und Propaganda-Organisationen unterminiert. Daß kam, daß in Entwicklung des deutschen Kalis in zahlreichen Ländern versucht wurde, in nächstmöglichen Versuch Kalis zu gewinnen. Am einschneidendsten für die deutsche Kaliindustrie war aber der Verlust der im Elsass befindlichen, durch ihre Stellung besonders ausgezeichneten Werke. Dazu gesellte sich die Erbohrung hochprozentiger Kaliborsten in Spanien, zu deren Ausbeutung alsbald geschritten wird.

Das deutsche Kalimonopol ist also durchbrochen. Will man nun die deutsche Kaliindustrie in vollem Umsange leistungsfähig und konkurrenzfähig erhalten, so müssen die unter ungünstigeren Bedingungen mit erblichen Selbstkosten arbeitenden Werke ausgeschaltet und die Produktion aus die guten Werke allein übertragen werden, die dann imstande sind, die bessere Ausnutzung ihrer Leistungsfähigkeit ihre Selbstkosten zu ermöglichen.

In der Kennzeichnung des Rieles, der Oekonomisierung der Kali-industrie, herrsche in der Kommission keine Einmütigkeit; in der Auseinandersetzung der Wege aber herrschen im wesentlichen zwei Auffassungen. Die erste Auffassung, die von den Herren v. Bock, Krämer, Rathenau, d. Siemens und Dr. Vogel ausgetragen wird, sieht sich aus engste an die Vorschläge des Reichstagsrates an. Diese ziehen darauf ab, eine Sanierung der Industrie möglichst aus sich heraus einzutragen zu lassen, indem sie, statt der bisher laut Gesetz alle fünf Jahre sich erneuernden Einführung der Kaliwerke für die Kalibolzbevölkerung, eine langfristige, auf 30 Jahre bemessene Quoten-aufteilung vorsehen. Die Werke, die ihren Betrieb einführen, sollen für 30 Jahre ihre Quoten beibehalten, wenn sie diese gegen Entgeltung an andere Werke übertragen werden. Das Abteufen neuer Schächte soll durch Gesetze verboten werden. Von Abwangsmaßnahmen zur Stilllegung soll Abstand genommen und nur der Reichstagsrat zur Abwangsstilllegung ermächtigt werden, wenn ein Werk dauernd unrentabel produziert. Die genannten Mitglieder der Sozialisierungskommission raten, diese Maßnahmen isoliert zu treffen, aber unter Erweiterung des Reichstagswahlkreises, um gewisse Arbeiter- und Angestellten-Komitees zur Stilllegung von Werken nur für den Fall vorzusehen, daß die freiherrliche Stilllegungsoption nicht in dem erforderlichen Maße und nicht schnell genug

durchgeführt werden sollte. Als für die Stilllegungsaktion geeignete Ansiedlung käme die Kalibrungsstelle bzw. Kaliberungsstelle in Betracht. Die erwähnten Mitglieder glauben, daß bereits die W d g l i c h eit eines solchen Zwanges ausreichen würde, um die Dekommerierung der Industrie auf freiwilligem Wege herbeizuführen. Uebereininstimmend sind sie der Ansicht, daß die gesetzlichen Maßnahmen für die große Stilllegungsaktion, in Abetracht der schwierigen Lage der Industrie, keinen Augenblick länger hinausgeschoben werden dürfen. Dr. Rathenau schlägt in Erweiterung des beschriebenen Votums noch vor, für die freiwillige Stilllegungsaktion noch eine Frist von zwei Jahren zu gewähren und nach Ablauf dieser Frist diejenigen Werke zwangsläufig stillzulegen, welche die durchschnittlichen Produktions Kosten der zehn wirtschaftlich arbeitenden Werke um mehr als 20 Prozent übersteigen. Ausnahmen sollen aus gewichtigen wirtschaftlichen und sozialen Gründen zugelassen sein. Die durch die Stilllegung freiverdenden Quoten sollen dann auf die zehn besten Werke übertragen werden.

Dem Vorschlage der genannten fünf Mitglieder haben sich die Herren. Professor Lindemann, Waltrusch und Steger von den christlichen Gewerkschaften und Hartmann vom H.-D. Gewerksverein mit einer Ergänzung angeschlossen. In diesem Ergänzungsvotum wird darauf hingewiesen, daß durch die Maßnahmen, wie sie vorgeschlagen werden, die Monopolstellung der bestehenden Werke außerordentlich gestärkt wird dadurch, daß das Entstehen neuer Werke unterbunden wird und ihnen durch die Übernahme der Quoten der stillgelegten Werke ein außerordentlicher Vorteil erwächst. Demgegenüber fordern die Unterzeichner des Ergänzungsvotums eine Gegenleistung für die Allgemeinheit, die sie darin erblicken, daß ein gewisser Prozentsatz der Quoten der stillgelegten Werke auf Grund gesetzlicher Vorschrift auf die Staatswerke oder diejenigen Werke, an denen die Einzelsstaaten maßgebend beteiligt sind, gegen Entschädigung übertragen wird. Hierdurch wird nicht nur erreicht, daß die Staatswerke, die jetzt durchschnittlich nur zu einem Drittel ihrer Leistungsfähigkeit fördern, auf den Grab höherer ökonomischer Wirkung gebracht werden, sondern daß auch eine Erhöhung des staatlichen Einflusses auf die Industrie (insbesondere auf das Chemikat) stattfindet. Nimmt man an, daß der auf die Staatswerke vorzugsweise entfallende Prozentsatz der durch die Stilllegung frewerdenden Quoten etwa 38½ Prozent beträgt, so würden immerhin noch 66½ Prozent den leistungsfähigen Privatwerken übertragen werden, und auch diese auf einen außerordentlich stärkeren Grab der Ausnutzung gebracht werden können, vorausgesetzt, daß eine durchgreifende Stilllegungsaktion erfolgt.

Während bei den beschriebenen Vorschlägen die Tendenz obwaltet, von den Grundzügen der beständigen Gestaltung der Industrie, vor allem angesichts der herrschenden Krise und der bevorstehenden schweren Konkurrenzklöße mit dem Auslande, keine wesentliche Änderung erfolgen zu lassen, kommt das zweite Votum der Herren: Dr. Braun, Cohen, Hilsfelding, Kaufmann, Umbreit Werner und Wissell zu dem Ergebnis, daß eine rationelle Gestaltung der Industrie nur durch eine durchgreifende Änderung der gesamten Organisation erreicht werden kann. Die Verbesserung der Produktion und damit die Weltbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt erfordert ihnen ziemlich, wenn die Industrie auch weiterhin mit der Verarbeitung der sozialmirtschaftlich unanständig aufgewandten Kapitalanlage belastet würde. Es erscheint ihnen auch nicht angenehm, die Lohnemissionen von innen heraus vornehmen zu lassen und somit den augenscheinlichen Besitzern der besseren Weise ein erhöhtes Monopol zu schaffen. Wenn auswärts die Lage der Industrie außerordentlich schwer sei, so müsse doch die ständige Abschaltung der Aktivitätstendenz in der Landwirtschaft bei rationeller Gestaltung der Industrie zu einer steigenden Menge an der Zukunft führen. Da nun die Allgemeinheit durch die Schaffung eines gesetzlichen Monopols die Nationalisierung der Industrie erst möglich mache, müsse ihr auch der Anteil am Ertrag aufgehen. Deshalb wird folgendes gemeinschaftliches Regelung vorgeschlagen: In der Erkenntnis, daß bei der Gesamtindustrie die Frage des Abbaus insbesondere auf den ausländischen Märkten, die entscheidende Rolle spielt, empfiehlt es sich, die Abbaugewerbeorganisation von der Organisation des Betriebes, wie bisher, trennen zu lassen. Der Betrieb der Kalibergwerke und Kaliwerken sowie das Recht an den untersuchten Ressourcen soll auf eine gemeinnützige Körperschaft, die Deutsche Kali- und Magnesiumanstalt, übertragen werden. Organe der Kaligemeinschaft sind: der Reichsratsrat (er soll sich zusammensetzen aus Vertretern der Staatsstellen und Arbeitern der herabgestuften und getrennten Betriebe sowie aus geologischen und chemischen Wissenschaftlern sowie aus landwirtschaftlichen und chemischen Beratern), das Reisalatorium (aus höchstens fünf Personen bestehend, gewählt vom Reichsrat) und die Generaldirektion der fünf Werke, Hornbach, Heute, Roßdorfer, Reichenau und Eisenach. Außerdem ist ein aussichtsführender Musikus beizugeben, der aus Vertretern des Staates und aus Vertretern von Angestellten und Arbeitern des Betriebes besteht. Die Selbstkosten sind für jedes Bergwerk und für jede Fabrik besonders festzustellen. Durch Abtretung von Brümmen für die Herauslösung der Selbstkosten sind die Leiter, Angestellten und Arbeiter in der größtmöglichen Produktivität des Betriebes zu interessieren. In der Erwägung, daß eine Entschädigung der bisherigen Werksbesitzer infolge der ungünstigen Abbaupräferenzen und der Unmöglichkeit, zurzeit einen Ertragswert festzustellen, kaum abzuschätzen ist, soll die Entschädigung in der Weise erfolgen, daß die Werksbesitzer in der Aktivitätsbeteiligung mit neuen Beteiligungen der Anteile abgefunden werden. Es ist zweckmäßig, der Anteile der Betriebsgesellschaft erhält die halb gemeinnützige. Die Anteile (Aktien) haben gleiches Stimmrecht. Die Anteile der so abgefundenen Beteiligten erhalten aus dem Jahresgewinn der Betriebsgesellschaft eine Vorzugsabidende von 4 Prozent. Der überschüssige Gewinn wird auf alle Aktien zu gleichen Teilen aufgeschüttet. Die der Kaligemeinschaft zufließenden Aktien sollen unveräußerlich sein. Die Höhe des den bisherigen Werksbesitzern zulässigen Anteiles richtet sich nach dem Wert der von ihnen auf die Kaligemeinschaft übertragenen Vermögensgüter. Diese sollen durch eine sachverständigenkommission, unter Zugrundeziehung der Durchschnittswerte, die in Aktienform beizubehaltenen Unternehmungen vorbereitet des Jahres 1920 festgesetzt werden. Als Appellationsinstanz soll das Reichsgericht gelten. Die Höhe des Gesamtkapitals der Betriebsgesellschaft ergibt sich aus der Summe der den einzelnen bisher Beteiligten zulässigen und der für die Kaligemeinschaft auszuweisenden Aktientenmenge. Die Aktivitätsbeteiligung hat das alleinige Recht, die Erzeugnisse der Kaligemeinschaft zu den tatsächlichen Selbstkosten, zugleich der zu zahlenden Brümmen und des Anteils an den Verlustkosten der Kaligemeinschaft, zu übernehmen. Der Betrieb erfolgt nach sozialmännischen Grundsätzen. Das vorbezeichnete Monopolrecht der Betriebsgesellschaft ist dinglich sichergestellt (beispielweise: Eintragung einer Sicherungsklausur auf die Liegenschaften der Kaligemeinschaft oder Verpfändung der der Kaligemeinschaft gehörenden Aktien).

Eng an den Vorschlag II schließt sich noch ein weiteres Gutachten des Professors Lebederer an, das auf die Begründung eines Kali- und Salzabbaus abzielt. Lebederer ist der Auffassung, daß nur durch die Verpflichtung der einzelnen Konzerne und Gruppen die Stilllegungskontrolle mit Erfolg wird durchgeführt werden können. Die Besitzer der Betriebe Privatdevisen seien als auch die Staaten sollen im Verhältnis zu den von ihnen in den Trust eingesetzten Betrieben Trustaktien erhalten, entsprechend dem Vorschlag II beschafft auch Lebederer, die Allgemeinheit an diesem Trust zu beteiligen. Zweit ist mit der Mehrheit der stimmberechtigten Anteile, sondern nur mit 49 Prozent. Die Kontrolle des Trustes soll dem Reichsstaat übertragen; er soll das Recht erhalten, obdurchstöpselnde Maßnahmen (Stilllegung usw.) zu treffen. Die Preisfestsetzung soll, soweit sie nicht durch die internationale Konkurrenz

Dortüber, bez. an alle von den Stilllegungen der Werke getroffenen Arbeiter und Angestellten angemessene Entschädigungen zu entrichten

Die Gewerkschaften sind die Schulen für den Sozialismus. In den Gewerkschaften werden die Arbeiter zu Sozialisten herangebildet, weil ihnen da täglich der Kampf mit dem Kapital undrogen geführt wird. Die Gewerkschaften fesseln die Männer der Arbeiter auf die Dauer, nur sie sind imstande, eine wirkliche Arbeiterpartei zu präsentieren und der Kapitalsmacht ein Vollwert entgegenzusetzen. Zu der Einsicht ist die äröhere Klasse der Arbeiter gelangt, daß ihre materielle Lage gebessert werden muß, wogen sie einer Partei angehören, welcher sie wollen. Wird nun hier die materielle Lage des Arbeiters gebessert, dann kann er sich mehr der Erziehung seiner Kinder widmen. Frau und Kinder brauchen nicht in die Fabrik zu wandern, er selbst kann seinen Sohn nicht bilden, er wird dann Sozialist ohne daß er es absichtlich gewollt hätte.

Löhne im preußischen Bergbau

Die amtliche Statistik über die Bergarbeiterlöhne in den Hauptbergbaubezirken Preußens, abzüglich aller Arbeitskosten und Versicherungsbeiträge, wird im „Sleihsanzeiger“ vom 14. April 1921 bis einschließlich 4. Viertel 1920 veröffentlicht. Nach unserer gewohnten Uebersicht, die wir nach der amtlichen Statistik zusammengestellt haben, gestalteten sich die Durchschnittslöhne der einzelnen Arbeiterklassen, sowie aller Arbeiter in den Hauptbergbaubezirken Preußens pro Arbeiter und Schicht im 2. Viertel 1914 bis 1920 und im 4. Viertel 1920 wie folgt (in Mark):

Steinberg
Dörn
Richter
Göttsche
Schock
Richter
Schall
Müller
Höfle
Gloss
Krause
Oberholzer
Grimm
Steffen
Schedler
Sinnott

Die vorstehende Übersicht zeigt die Lohnentwicklung seit 1870 bis 1913 für alle Arbeitsschichten, wie sie in den amtlichen Statistiken erscheinen. Die unter französischer Regierung

tung stehende Saargebiet ist seit dem 1. Viertel 1920 in der amtlichen Statistik ausgesunken, infolgedessen geht hier jede Uebersicht und Vergleichsmöglichkeit verloren. Wir bedauern das, können es aber leider nicht ändern. In den angeführten Hauptbergbaubezirken Preußens schwankte nach der vorstehenden Uebersicht der Durchschnittslohn und die Lohnsteigerung pro Arbeiter und Schicht:

	Durchschnittslohn	Steigerung
	2. Viertel 1914 4. Viertel 1920	in % Point
Eigentliche Bergarbeiter zwischen	3,69 + 6,19 41,45 + 66,11	968,0 + 1023,3
Sonstige Bergarbeiter	" 3,17 + 4,99 36,21 + 51,93	940,7 + 1042,3
Erwachsene Tagesarbeiter	" 3,05 + 4,41 33,70 + 56,86	1004,9 + 1189,8
Jugendliche Arbeiter	" 1,24 + 2,00 11,35 + 80,81	815,3 + 1415,5
Weibliche Arbeiter	" 1,80 + 3,98 14,26 + 37,88	838,6 + 996,9
Durchschnitt aller Arbeiter	" 3,84 + 5,49 36,58 + 55,48	900,7 + 993,7

Die vorstehende Übersicht wird wirksam ergänzt durch die folgende Zusammenfassung aller Hauptbergbaubezirke. Arbeiterzahl, Schichtenzahl und Lohnsumme gestalteten sich in den angeführten Hauptbergbaubezirken Preußens zusammengekommen seit dem 1. Viertel 1914 wie folgt:

	Wert	Gesamtzahl der Arbeiter	Schichten- zahl pro Arbeiter	insgesamt	Lohnsumme pro Arbeiter (Vierteljahr) (Schicht)		
					Wk.	Wk.	Wk.
1. Viertel 1914	772 610	59 511 392	77	275 826 000	357	4,64	
2. "	707 177	58 108 688	76	269 826 362	332	4,66	
3. "	602 819	48 210 115	80	216 642 410	360	4,40	
4. "	549 720	48 620 034	79	241 016 349	353	4,45	
1. "	530 411	43 804 478	82	201 356 910	376	4,60	
2. "	532 397	42 943 646	81	203 941 028	383	4,74	
3. "	524 034	46 366 257	88	224 830 013	429	4,85	
4. "	532 690	44 727 558	84	228 848 984	430	5,12	
1. "	552 536	46 782 006	85	247 540 236	448	5,29	
2. "	507 704	46 284 280	82	205 294 736	450	5,52	
3. "	507 349	49 209 800	87	263 050 840	500	5,70	
4. "	577 382	47 483 582	82	284 054 869	492	5,98	
1. "	583 722	48 002 700	82	308 861 238	520	6,32	
2. "	608 403	49 171 412	81	332 711 682	549	6,77	
3. "	632 002	53 638 723	85	396 291 618	627	7,39	
4. "	652 238	53 625 201	82	430 450 923	659	8,04	
1. "	645 544	52 010 055	81	436 763 242	677	8,40	
2. "	646 378	51 605 062	80	449 387 707	695	8,71	
3. "	618 350	51 409 337	83	473 080 600	768	9,22	
4. "	621 793	47 997 234	77	512 086 847	824	10,67	
1. "	748 910	64 087 231	72	696 678 053	930	12,88	
2. "	748 318	52 166 147	70	736 474 106	984	14,12	
3. "	735 076	61 770 333	70	1 017 113 764	1 226	16,47	
4. "	835 656	64 045 203	77	1 298 546 548	1 524	20,28	
1. "	807 039	61 970 247	77	1 782 469 622	2 203	28,76	
2. "	840 067	62 400 273	74	2 463 137 300	2 930	39,44	
3. "	854 071	63 408 884	80	2 941 612 692	3 444	43,00	
4. "	899 144	70 115 034	76	3 407 712 924	4 790	48,60	

In den „Wirtschaftlichen Nachrichten aus dem Ruhrgebiet“ vom 9. April sucht Herr Dr. Ernst Günsse-Essen zahlreich nachzuweisen, daß der Ruhrbergarbeiter „zurzeit besser steht als vor dem Krieg“. Wir bestreiten das ganz entschieden. Wie wenig die durchschnittliche Entlohnung im Bergbau während und nach dem Kriege den Teuerungsverhältnissen entsprach, ergibt sich schon aus einem Vergleich der Löhne mit den Ernährungskosten. Der Durchschnittslohn pro Arbeiter und Schicht hat nach der vorstehenden Uebersicht in den Hauptbergbaubezirken Preußens in den einzelnen Vierteljahren von 1914 bis 1920 betragen (in Mark):

	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal
1914	4,64	4,65	4,49	4,45
1915	4,59	4,74	4,85	5,12
1916	5,29	5,52	5,76	5,98
1917	6,32	6,77	7,39	8,04
1918	8,40	8,71	9,22	10,67
1919	12,88	14,12	16,47	20,23
1920	23,76	39,44	43,00	48,60

Vom 1. Vierteljahr 1914 bis zum 4. Vierteljahr 1920 stieg danach der Durchschnittslohn pro Arbeiter und Schicht in den Hauptbergbaubezirken Preußens von 4,64 Mf. auf 48,60 Mf. oder um 43,96 Mf. gleich 947,4 Prozent.

Nach der bekannten Statistik von Richard Calwer betrugen die wöchentlichen Ernährungskosten einer vierköpfigen Familie, berechnet nach der dreifachen Friedensration des deutschen Marineoldaten und ermittelt aus 200 deutschen Städten vom Januar 1914 bis Dezember 1920 (in Mark):

	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920
Januar	25,57	29,65	41,26	53,67	56,50	63,65	130,55
Februar	25,29	31,49	43,40	54,15	56,47	64,93	147,65
März	25,08	52,90	48,47	54,69	57,00	67,30	167,60
April	24,96	34,41	51,78	54,81	57,13	69,65	189,78
Mai	24,70	36,49	52,29	54,58	57,30	73,70	224,63
Juni	24,73	37,36	52,61	54,34	57,60	78,65	232,15
Juli	25,12	38,16	53,47	55,26	58,11	82,21	252,38
August	26,41	39,13	53,53	54,67	59,43	85,45	261,33
September	26,14	39,93	53,55	57,87	60,84	95,67	278,95
Oktober	27,09	41,90	53,50	54,79	61,80	100,63	832,30
November	27,86	38,86	52,92	55,49	62,49	108,83	957,05
Dezember	28,72	39,33	53,21	54,49	62,96	114,65	869,76

Vom 1. Bierzeitjahr 1914 bis zum 4. Bierzeitjahr 1920 stiegen danach die wöchentlichen Ernährungskosten einer bierköpfigen Familie von 25,31 Mf. auf 353 Mf. oder um 827,69 Mf. gleich 1294,7 Prozent.

Einer Steigerung der Ernährungskosten um 1294,7 Prozent steht also daneben nur eine Lohnsteigerung von 947,4 Prozent gegenüber. Die Lohnsteigerung ist mithin um 347,3 Prozent hinter der Steigerung der Ernährungskosten zurückgeblieben. Die Kosten für Kleidung, Schuhe und andere Bedarfssachen sind noch weit stärker gestiegen, wie die Ernährungskosten. Die Bergarbeiter sind also nicht besser, sondern weit schlechter gestellt wie vor dem Kriege.

Internationale Rundschau.

Christliche Bergarbeiterinternationale.

In Salzburg tagte am 10. April eine christliche Bergarbeiterkonferenz unter dem Vorsitz von Heinrich Imbusch-Essen, welche beschloß, im August 1921 einen internationalen christlichen Bergarbeiterkongress nach Salzburg einzuberufen mit der Tagesordnung: „Schulgesetzgebung, Arbeitszeit und Lohnfragen, Schiedsgerichte, Sozialisierung und Stellung der christlichen Internationale zur sozialdemokratischen Internationale.“ Zum Vorsitzenden des nunmehr gegründeten internationalen Bergarbeiterverbandes wurde Heinrich Imbusch-Essen gewählt, zu Stellvertretern Polpach (Polen) und Frichar

Diese neue christliche Bergarbeiterinternationale richtet sich gegen die schon seit 1890 bestehende Bergarbeiterinternationale, an deren letzten Kongreß in Genf Imbusch und seine Freunde noch teilgenommen und allen Beschlüssen zugeimmt haben. Warum nun diese Absehr? Was soll damit erreicht werden? Ein furchtloser Grund zu dieser Absehr liegt nicht vor und erreicht wird damit höchstens nur eine Schwächung der Aktionsträger der Bergarbeiterchaft. Geltet die "Theorie"

Die Internationalität der Christlichen Bergarbeiterbewegung erweckt sich einstweilen (und ihrem Wesen nach wohl auch für die Dauer) auf eine zu geringe Anzahl von Staaten, um irgendwelchen durchschlagenden Erfolg versprechen zu können; als Gegengewicht zur sozialistischen Internationale kommt sie nur in bescheidenem Maße in Betracht; irgendwelchen sonstigen Nutzen für das deutsche soziale Leben darf man von ihr nicht erwarten.

Uns scheint, daß alle neuen christlichen Bergarbeiterinternationale neben der Schwächung und Versplitterung der Bergarbeiterenschaft nur persönlichen Eitelkeiten dienen wird.

Bergarbeiterstreit in England.

Noch ist es zu keiner Einigung gekommen und der englische Bergarbeiterkreis geht weiter. Am 27. April haben Verhandlungen stattgefunden, wo die Vertreter der Werksbesitzer erklärt haben, daß sie den Lohnabzug auf 5 Schilling 4½ Pence beschäumen wollten. Die englische Regierung erklärte sich bereit, durch Zuschüsse an die Werke diesen Lohnabzug auf 3 Schilling pro Schicht zu verhindern. Eine Konferenz der Bergarbeiter, welche am 28. April tagte, hat diese Vorschläge abgelehnt. Dass einstimmig wurde beschlossen, daß erst die Forderungen bezüglich der nationalen Lohnregelung und der Verteilung der Werksgewinne angenommen sein müßten, bevor man sich auf weitere Verhandlungen einzulassen könne.

Knappshaftliches.

Jahresbericht des Allgemeinen Knappshaftsvereins Bochum.

Uns liegt der Jahresbericht für das Jahr 1919 des Allgemeinen Knappshaftsvereins Bochum vor. Im ersten Teile: "Allgemeiner Überblick" finden wir, daß die durchschnittliche Zahl der aktiven befragtspflichtigen Mitglieder in der Krankenkasse im Jahre 1919 415 726 betrug gegen 365 800 im Jahre 1918; in der Pensionskasse 320 000 gegen 270 944 im Jahre zuvor; in der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung 270 944 im Jahre zuvor. Der Bilanzwert des Vereinvermögens betrug (im Markt):

	Krankenkasse	Pensionskasse	Inv.-u. Hinterbl.	Insgesamt
1917	28 547 100,96	233 298 204,27	81 010 210,96	312 942 296,19
1918	14 842 031,31	245 260 854,03	80 646 012,30	349 748 928,69
1919	41 782 398,97	266 761 603,01	74 836 202,04	332 880 269,02

Die Verwaltung der großen Körperschaft erfordert ein großes Beamtenheer. Das Personal der Hauptverwaltung, der Abteilungsbüros und Bahnhofsbezirksbüros bestand aus 1185 Angestellten. Schon die Eingänge aus dem Eingangsjournal zeigen die ungeheure Arbeit, welche diese Beamten zu bewältigen haben. An Eingängen waren zu verschiedenen 2 893 767 im Jahre 1919 gegen 1 851 165 im Jahre 1917. Dazu kommen noch eine ganze Reihe von Eingängen, die nicht in die Nachweisungen mit aufgenommen worden sind.

Im Abschnitt III: "Krankenkasse" führt der Verwaltungsbereich aus, daß die Zahl der abgeschlossenen Erkrankungen insgesamt betrug: 250 036 in 1917 oder 677 auf 1000 Mitglieder, 291 622 in 1918 oder 1072 auf 1000 Mitglieder, 243 009 in 1919 oder 555 auf 1000 Mitglieder. Für die ärztliche Behandlung der Erkrankten sorgten am Ende des Berichtsjahrs 231 Beiträger und 117 Fachärzte. Ein Krankheitsfall kostete im Jahre 1919 durchschnittlich 16,63 M. gegen 11,50 M. im Jahre 1918, ein Krankheitsfall 6,53 M. gegenüber 4,50 M. in 1918. Von Interesse ist auch, was unter Abschnitt IV: "Pensionskasse" über das durchschnittliche Lebensalter der Invaliden berichtet wird. Da nach betrug in der Beamtenabteilung das durchschnittliche Lebensalter bei den Unfallinvaliden 42,3 Jahre, bei den Krankheitsinvaliden 53,1 Jahre, bei den Kriegsbeschädigten 30,6 Jahre, im Durchschnitt insgesamt 40,4 Jahre; in der Arbeiterabteilung bei den Unfallinvaliden 48,5 Jahre, bei den Krankheitsinvaliden 47,2 Jahre, bei den Kriegsbeschädigten 28,6 Jahre, im Durchschnitt insgesamt 42,9 Jahre; bei den Mitgliedern überhaupt: 48,0 Jahre bei den Unfallinvaliden, 47,4 Jahre bei den Krankheitsinvaliden, 28,7 J. bei den Kriegsbeschädigten über 42,6 Jahre im Durchschnitt.

Das durchschnittliche Dienstalter bei der Ausbildung betrug in gleicher Reihenfolge: bei den Beamten 20,2 Jahre, 30,6 Jahre, 9,0 Jahre oder 26,8 Jahre im Durchschnitt; bei den Arbeitern 14,9 Jahre, 22,7 Jahre, 8,1 Jahre oder 18,7 Jahre im Durchschnitt; bei den Mitgliedern überhaupt 15,1 Jahre, 22,9 Jahre, 8,1 Jahre oder 19,0 im Durchschnitt.

Die durchschnittliche Belegtschaftsziffer stieg von 365 200 im Jahre 1918 auf 415 726 im Jahre 1919, also um 50 522. Die Gesamtzahl der Erkrankungen, bei denen erstaunliches Arbeitsunfähigkeit beobachtet wurde, fiel von 382 478 auf 249 916, d. h. um 132 532. Die Zahl der weiblichen Arbeitskräfte hat ziemlich erheblich abgenommen. Während noch im Jahre 1918 23 639 weibliche Mitglieder vorhanden waren, sank die Zahl im Jahre 1919 auf 13 755. An Angestellten wurden 322 Personen als erkrankt gemeldet gegen 788 im Jahre vorher. Die verminderte Zahl beweist keinen Rückgang in der Häufigkeit der Erkrankung, sondern nur, daß unter den wirtschaftlichen Verhältnissen der Gegenwart diese Angestellten weiter Bergarbeit verrichten und keine ärztliche Beratung in Anspruch nehmen. Ebenso wird es sich wohl auch bei den niedrigeren Ziffern der Erkrankungen gegenüber dem Vorjahr verhalten. Krautig ist die Erhebung, daß 562 Verdenkasse insgesamt gezählt wurden. Es sind Kriegsfolgen und Folgen der Hungersjahre, welche die Verdenkassen hervorrufen. Auch die Erkrankungen an Tuberkulose sind nicht zurückgegangen und müssen auch hier alles geschehen, um diesen Peiniger des Proletariats hinwegzutäuschen. Dieses ist aber nur möglich, wenn sowohl die Lebens- als auch die Wohnungsverhältnisse besser werden, wie sie im Jahre 1919 waren und noch in der heutigen Zeit sind.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Überbergamtbezirk Dortmund.

August Bovensteven f.

Um 20. April starb in Düsseldorf an der Proletarierkrankheit unser Knappshaftsältester, Kamerad August Bovensteven. In ihm verlor der Bergarbeiterverband einen seiner tüchtigsten Funktionäre. Bovensteven kam im Jahre 1906 von Gelsenkirchen nach Hüls zugetragen und trat sofort in die vordersten Reihen der kämpfenden Bergarbeiter. Er war einer der unermüdlichsten Verteidiger der Arbeiterinteressen; besonders in der Zeit, wo es noch gefährlich war, wo wir von der Polizei gejagt und verfolgt und vom Unternehmertum nach allen Regeln der Kunst geschürkt wurden, stand unser August immer in den vordersten Reihen der kämpfenden Kameraden.

In der Revolutionsepoche war er natürlich auch den neuen Radikalkreis nicht recht radikal genug. In der Ichthyschule bekleidete er das Amt eines Kassierers, war auch abwechselnd Vertrauensmann. Er war Odmann im Betriebsrat der Zeche Auguste Victoria. Die Belegschaft beriefst in ihm einen der tüchtigsten und klugsten Vertreter, was in den letzten Sitzungen des Schlichtungsausschusses in Sachen der Zeche Auguste Victoria besonders hoch ausgeprägt war. Bovensteven war Mitbegründer der Ichthyschule Hüls und Düsseldorf. Viele Jahre war er Sicherheitsmann und Odmann des Arbeiterausschusses. Nebenbei stand er seinem Mann, trotzdem ihn die nützliche Krankheit oft niederaufrücken drohte, aber immer wieder rückte er sich auf, um die Interessen seiner Kameraden mit Energie zu vertreten. Seine Partizipanten wußten ihn zum Gemeindevertreter. So war er auch überall durch sein ehrliches Wesen von seinen politischen Gegnern geschätzt. Sein Andenken wird wir am besten in Ehren halten, wenn wir in seinem Sinne weiter kämpfen.

Beitragsleitung Neßlinghausen.

Unionistische Wirtschaft.

In Nr. 15 der "Bergarbeiter-Zeitung" vom 2. April d. J. haben wir die eigenartige Geschäftsführung der Gesellschaften der Freien Arbeiter-Union in durchaus sachlicher Weise geschildert. Da es sich um außerordentliche Arbeitsergebnisse handelt, hielten wir uns für verpflichtet, die uns bekannten Fälle zu veröffentlichen, um die Mitglieder der Freien Arbeiter-Union vor Schaden zu bewahren. Die Antwort der Geschäftsführung ist so aus, wie wir sie erwartet haben — statt Klärheit zu schaffen, entstehen diese mit einem von Beleidigungen begleitenden Zeitungsartikel. Die von uns angeführten Fälle wurden "nur zum Teil bestreitet". Die wesentlichssten Fälle wurden entweder ignoriert oder bestritten. In Nr. 16 der "Bergarbeiter-Zeitung" stellen wir dieses fest und sagten: "Es liegt im Interesse der Mitglieder der Union, daß darüber Klärheit geschaffen wird; mehr wollen wir nicht." Wegen dieses Saches haben wir es mit den Gesellschaften vollständig verborben. Sie antworten wieder mit einem Artikel, dessen größter Inhalt folgender ist:

"Knaps auf der Nas", "Lügenspiel", "verbündeter Schmarotzer", "abgedrehte wintergärtnerische Kunststück", "schärfsten

"Knoppholen", "Dred", "Dredstricker", "verguollene Augen", "Bergarbeiterzeitung mischt ihrem Glüngel", "Schwindelgarde", "Stinkbombe", "die Hölle in der Wiesenhäuser Straße", "die Süße der Bergarbeiterzeitung", "Schwindel" (ist mehrere Male enthalten), "Unterschönheit", "Spiebubinger", "Geschwafel", "Versteckender", "heuchlerische Weise", "Betrag" u. u.

Das ist der Kern des Artikels, der zwar nicht geistreich ist, jedoch — verbunden mit Verdächtigungen — zur vorläufigen Beurteilung der Verfassungen beitragen kann. Den wahren Wert von Diamenten und Menschen erkennt man erst, wenn man sie aus der Fassung bringt", sagt ein Sprichwort; hierzu obige, eigene Gemütsförderung. Wir bitten deshalb alle anständigen Menschen um Entschuldigung, wenn wir trotzdem einige Worte dazu sagen; es geschieht nur, um falschen Schlüssen vorzubeugen.

Auf die falsche Behauptung der "Freien Arbeiter-Union", daß sich für nicht geleistete Arbeit bezahlen lasse, sagten wir im vorigen Artikel nur kurz: "Dies ist eine Unwahrheit und den Beweis wird man schwäbisch bleiben." Vorstehendes Organ sagt jetzt dazu: "Darüber ist die Bergarbeiter-Zeitung aus dem Hause" (mit gestalten uns freundlich, dies anzusehen), redet dann von "Nebenberufen", die viel Geld einbringen, und weiter wörtlich: "Also Herr Sue ist: 1. Angestellter des alten Verbands; 2. Reichstagssabgeordneter; 3. Aufsichtsratsmitglied im Rhein-Westf. Kohlenhöndrat; 4. Mitglied des Reichswirtschaftsrates; 5. Mitglied der Preußischen Landeskommision (das Ding heißt über Landtag, D. R.). Herr Sue ist: 1. Ober-Vorsitzender des Bergarbeiterverbandes; 2. Aufsichtsratsmitglied im Reichstag;

3. Reichstagssabgeordneter."

Montaigne sagt: Die gerechte Tstellung, welche die Natur mit ihren Gaben unter uns vorgenommen habe, betrifft (so sagt man) den Verstand; denn es findet sich niemand, der mit seinem Anteil unzufrieden ist. Es ist zwar schön, doch es so ist, gut ist es jedoch nicht. Im Interesse der Union steht es, wenn ihre Redaktion mit der zugesetzten Fassung einverstanden wäre. Oftmals gelanden bedauern wir jede Redaktion und ihren Standpunkt, die nicht einmal die Namen der Reichstagssabgeordneten, nicht die Aufsichtsratsmitglied im Rhein-Westf. Kohlenhöndrat; 4. Mitglied des Reichswirtschaftsrates; 5. Mitglied der Preußischen Landeskommision (das Ding heißt über Landtag, D. R.). Herr Sue ist: 1. Ober-Vorsitzender des Bergarbeiterverbandes; 2. Aufsichtsratsmitglied im Reichstag;

3. Reichstagssabgeordneter"

Montaigne sagt: Die gerechte Tstellung, welche die Natur mit ihren Gaben unter uns vorgenommen habe, betrifft (so sagt man) den Verstand; denn es findet sich niemand, der mit seinem Anteil unzufrieden ist. Es ist zwar schön, doch es so ist, gut ist es jedoch nicht. Im Interesse der Union steht es, wenn ihre Redaktion mit der zugesetzten Fassung einverstanden wäre. Oftmals gelanden bedauern wir jede Redaktion und ihren Standpunkt, die nicht einmal die Namen der Reichstagssabgeordneten, nicht die Aufsichtsratsmitglied im Rhein-Westf. Kohlenhöndrat; 4. Mitglied des Reichswirtschaftsrates; 5. Mitglied der Preußischen Landeskommision (das Ding heißt über Landtag, D. R.). Herr Sue ist: 1. Ober-Vorsitzender des Bergarbeiterverbandes; 2. Aufsichtsratsmitglied im Reichstag;

3. Reichstagssabgeordneter"

Damit, daß wir uns unterstehen haben, die richtige Mitgliedszahl der Union zu nennen, haben wir es bei den Leuten noch nicht darüber. Die von uns angeführten Zahlen stimmen, sie werden auch nicht bestreiten. Durch unsanfte Ausdrücke und Hinweise auf die Betriebsräte drückt man sich an der Erkrankung der Zahlen vorbei. Der Artikel ist die Betriebsräte mehr in recht ungünstig. Dort, wo die Union bisher die Mehrheit hat, hat sie abgewichen. Wir verzweilen nur auf den Bezirk Gelsenkirchen, wo die Union höchst zusammen mit den Syndikatissen 125 Mandate innehatte. Die Zahlung von Moneten an ein Nichtmitglied. Also muss sich Sache, zum lebhaften Bedauern der Unionsteile, mit einer Schätzungszahl beginnen, die ihm für seine Arbeit als Verwaltungsmittel einen Kofindikator zugesetzt.

Damit, daß wir uns unterstehen haben, die richtige Mitgliedszahl der Union zu nennen, haben wir es bei den Leuten noch nicht darüber. Die von uns angeführten Zahlen stimmen, sie werden auch nicht bestreiten. Durch unsanfte Ausdrücke und Hinweise auf die Betriebsräte drückt man sich an der Erkrankung der Zahlen vorbei. Der Artikel ist die Betriebsräte mehr in recht ungünstig. Dort, wo die Union bisher die Mehrheit hat, hat sie abgewichen. Wir verzweilen nur auf den Bezirk Gelsenkirchen, wo die Union höchst zusammen mit den Syndikatissen 125 Mandate innehatte. Die Zahlung von Moneten an ein Nichtmitglied. Also muss sich Sache, zum lebhaften Bedauern der Unionsteile, mit einer Schätzungszahl beginnen, die ihm für seine Arbeit als Verwaltungsmittel einen Kofindikator zugesetzt.

Damit, daß wir uns unterstehen haben, die richtige Mitgliedszahl der Union zu nennen, haben wir es bei den Leuten noch nicht darüber. Die von uns angeführten Zahlen stimmen, sie werden auch nicht bestreiten. Durch unsanfte Ausdrücke und Hinweise auf die Betriebsräte drückt man sich an der Erkrankung der Zahlen vorbei. Der Artikel ist die Betriebsräte mehr in recht ungünstig. Dort, wo die Union bisher die Mehrheit hat, hat sie abgewichen. Wir verzweilen nur auf den Bezirk Gelsenkirchen, wo die Union höchst zusammen mit den Syndikatissen 125 Mandate innehatte. Die Zahlung von Moneten an ein Nichtmitglied. Also muss sich Sache, zum lebhaften Bedauern der Unionsteile, mit einer Schätzungszahl beginnen, die ihm für seine Arbeit als Verwaltungsmittel einen Kofindikator zugesetzt.

Damit, daß wir uns unterstehen haben, die richtige Mitgliedszahl der Union zu nennen, haben wir es bei den Leuten noch nicht darüber. Die von uns angeführten Zahlen stimmen, sie werden auch nicht bestreiten. Durch unsanfte Ausdrücke und Hinweise auf die Betriebsräte drückt man sich an der Erkrankung der Zahlen vorbei. Der Artikel ist die Betriebsräte mehr in recht ungünstig. Dort, wo die Union bisher die Mehrheit hat, hat sie abgewichen. Wir verzweilen nur auf den Bezirk Gelsenkirchen, wo die Union höchst zusammen mit den Syndikatissen 125 Mandate innehatte. Die Zahlung von Moneten an ein Nichtmitglied. Also muss sich Sache, zum lebhaften Bedauern der Unionsteile, mit einer Schätzungszahl beginnen, die ihm für seine Arbeit als Verwaltungsmittel einen Kofindikator zugesetzt.

Damit, daß wir uns unterstehen haben, die richtige Mitgliedszahl der Union zu nennen, haben wir es bei den Leuten noch nicht darüber. Die von uns angeführten Zahlen stimmen, sie werden auch nicht bestreiten. Durch unsanfte Ausdrücke und Hinweise auf die Betriebsräte drückt man sich an der Erkrankung der Zahlen vorbei. Der Artikel ist die Betriebsräte mehr in recht ungünstig. Dort, wo die Union bisher die Mehrheit hat, hat sie abgewichen. Wir verzweilen nur auf den Bezirk Gelsenkirchen, wo die Union höchst zusammen mit den Syndikatissen 125 Mandate innehatte. Die Zahlung von Moneten an ein Nichtmitglied. Also muss sich Sache, zum lebhaften Bedauern der Unionsteile, mit einer Schätzungszahl beginnen, die ihm für seine Arbeit als Verwaltungsmittel einen Kofindikator zugesetzt.

Damit, daß wir uns unterstehen haben, die richtige Mitgliedszahl der Union zu nennen, haben wir es bei den Leuten noch nicht darüber. Die von uns angeführten Zahlen stimmen, sie werden auch nicht bestreiten. Durch unsanfte Ausdrücke und Hinweise auf die Betriebsräte drückt man sich an der Erkrankung der Zahlen vorbei. Der Artikel ist die Betriebsräte mehr in recht ungünstig. Dort, wo die Union bisher die Mehrheit hat, hat sie abgewichen. Wir verzweilen nur auf den Bezirk Gelsenkirchen, wo die Union höchst zusammen mit den Syndikatissen 125 Mandate innehatte. Die Zahlung von Moneten an ein Nichtmitglied. Also muss sich Sache, zum lebhaften Bedauern der Unionsteile, mit einer Schätzungszahl beginnen, die ihm für seine Arbeit als Verwaltungsmittel einen Kofindikator zugesetzt.

Damit, daß wir uns unterstehen haben, die richtige Mitgliedszahl der Union zu nennen, haben wir es bei den Leuten noch nicht darüber. Die von uns angeführten Zahlen stimmen, sie werden auch nicht bestreiten. Durch unsanfte Ausdrücke und Hinweise auf die Betriebsräte drückt man sich an der Erkrankung der Zahlen vorbei. Der Artikel ist die Betriebsräte mehr in recht ungünstig. Dort, wo die Union bisher die Mehrheit hat, hat sie abgewichen. Wir verzweilen nur auf den Bezirk Gelsenkirchen, wo die Union höchst zusammen mit den Syndikatissen 125 Mandate innehatte. Die Zahlung von Moneten an ein Nichtmitglied. Also muss sich Sache, zum lebhaften Bedauern der Unionsteile, mit einer Schätzungszahl beginnen, die ihm für seine Arbeit als Verwaltungsmittel einen Kofindikator zugesetzt.

Damit, daß wir uns unterstehen haben, die richtige Mitgliedszahl der Union zu nennen, haben wir es bei den Leuten noch nicht darüber. Die von uns angeführten Zahlen stimmen, sie werden auch nicht bestreiten. Durch unsanfte Ausdrücke und Hinweise auf die Betriebsräte drückt man sich an der Erkrankung der Zahlen vorbei. Der Artikel ist die Betriebsräte mehr in recht ungünstig. Dort, wo die Union bisher die Mehrheit hat, hat sie abgewichen. Wir verzweilen nur auf den Bezirk Gelsenkirchen, wo die Union höchst zusammen mit den Syndikatissen 125 Mandate innehatte. Die Zahlung von Moneten an ein Nichtmitglied. Also muss sich Sache, zum lebhaften Bedauern der Unionsteile, mit einer Schätzungszahl beginnen, die ihm für seine Arbeit als Verwaltungsmittel einen Kofindikator zugesetzt.

Damit, daß wir uns unterstehen haben, die richtige Mitgliedszahl der Union zu nennen, haben wir es bei den Leuten noch nicht darüber. Die von uns angeführten Zahlen stimmen, sie werden auch nicht bestreiten. Durch unsanfte Ausdrücke und Hinweise auf die Betriebsräte drückt man sich an der Erkrankung der Zahlen vorbei. Der Artikel ist die Betriebsräte mehr in recht ungünstig. Dort, wo die Union bisher die Mehrheit hat, hat sie abgewichen. Wir verzweilen nur auf den Bezirk Gelsenkirchen, wo die Union höchst zusammen mit den Syndikatissen 125 Mandate innehatte. Die Zahlung von Moneten an ein Nichtmitglied. Also muss sich Sache, zum lebhaften Bedauern der Unionsteile, mit einer Schätzungszahl beginnen, die ihm für seine Arbeit als Verwaltungsmittel einen Kofindikator zugesetzt.

Damit, daß wir uns unterstehen haben, die richtige Mitgliedszahl der Union zu nennen, haben wir es bei den Leuten noch nicht darüber. Die von uns angeführten Zahlen stimmen, sie werden auch nicht bestreiten. Durch unsanfte Ausdrücke und Hinweise auf die Betriebsräte drückt man sich an der Erkrankung der Zahlen vorbei. Der Artikel ist die Betriebsräte mehr in recht ungünstig. Dort, wo die Union bisher die Mehrheit hat, hat sie abgewichen. Wir verzweilen nur auf den Bezirk Gelsenkirchen, wo die Union höchst zusammen mit den Syndikatissen 125 Mandate innehatte. Die Zahlung von Moneten an ein Nichtmitglied. Also muss sich Sache, zum lebhaften Bedauern der Unionsteile, mit einer Schätzungszahl beginnen, die ihm für seine Arbeit als Verwaltungsmittel einen Kofindikator zugesetzt.

Damit, daß wir uns unterstehen haben, die richtige Mitgliedszahl der Union zu nennen, haben wir es bei den Leuten noch nicht darüber

Durch dieses Unglück verloren 10 Frauen und über 20 Kinder ihre Eltern. Besonders tragisch ist der Tod des Kindes Gustav Hieltscher, der sechs Tage vorher seine Hochzeit gefeiert hatte.

Bei Eröffnung dieses Berichtes sind unsere Kameraden bereit in die kühle Erde gebettet. Wir werden ihr Andenken stets in Ehren halten! Daher mahnen wir den Tod der 11 Kameraden verursacht haben soll, erscheint höchst unverständlich. Schon sehr geringe Mengen Kohlenstaub bringen das Licht zum Erlöschen, während der Mensch immer noch darin leben kann. Dennoch müssten den Kameraden alle Lampen ausgegangen sein und sie seien ohne Licht blieben geblieben, bis sie alle an Sauerstoffmangel erstickt sind. Dies ist nicht anzunehmen, weil kein Bergmann vor der Arbeit stirbt, wenn seine Lampe erloscht. Natürlich erstickt jeder Bergmann darin eine graue Seele und sucht sich zu retten. Es kann sich nur um das Auftreten großer Mengen von Kohlenstaub handeln. Nach Leute müssen dies aber auch feststellen können. Es liegt im Interesse aller Bergarbeiter, dass Grubenungenfälle so viel als möglich aufgedeckt werden. Nur dadurch können wir den Gefahren, die den Bergmann umlaufen, wirkungsvoll entgegentreten.

Wahlen zum Berggewerbegericht Waldenburg.

Am Mittwoch, den 20. April, haben für die Sprachmänner Waldenburg die Wahlen der Beisitzer zum Berggewerbegericht stattgefunden. Wählberechtigt waren drei gültige Stimmen und zwar: Liste I die der freien Gewerkschaften und der Ufa, Liste II die des Gewerbevereins G.D., Liste III die des Gewerbevereins deutscher Bergarbeiter. Wahlberechtigt waren 29 942 Wähler und Abstimmende. Es wurden im ganzen 19 351 Stimmen abgegeben, davon 9 ungültige. Auf Liste I entfielen 13 842 Stimmen und 13 Mandate, auf Liste II 12 14 Stimmen und 1 Mandat, auf Liste III 1256 Stimmen und ebensoviel ein Mandat.

Dadurch hat die Bergarbeiterenschaft Niederschlesiens von neuem bewiesen, dass sie in ihrer großen Mehrheit hinter den freien Gewerkschaften steht. Der Ausfall der Wahl beweist uns, dass auch die gewerkschaftliche Schulung immer weitere Fortschritte macht. Die höheren Wahlen der Beisitzer zum Berggewerbegericht legten Zeugnis davon ab, dass die Bergarbeiterenschaft dieser Einrichtung wenig Sympathie entgegenbrachte. Wenn auch diesmal noch rund 11 000 Wählerstimme die Wahl ferngeblieben sind, so ist doch das Beihilfniß gegen früher ein bedeutend besseres geworden. Dass die Bergarbeiter auch diesmal nicht restlos zur Wahl gegangen sind, beweist aufs neue, wie nothwendig eine Veränderung des ganzen Berggewerbegerichtsverfahrens ist. Das berechtigte Misstrauen gegen die Berggewerbegerichte nimmt in der Bergarbeiterchaft mehr und mehr überhand, so dass es leicht ersichtlich ist, wenn ein großer Teil der Wahl fernbleibt. Die freien Gewerkschaften können mit dem Ausgang der Wahl zufrieden sein, zeigt er doch von neuem, dass die Disziplin der niederschlesischen Arbeiterchaft in der ganzen Arbeitsebewegung einzigt besteht.

Bericht der Hauptkasse des Verbandes.

Geschäftsjahr 1920.

(Vom 1. Februar 1920 bis 31. Januar 1921)

Einnahme.

Am Kassenbestand am 1. Februar 1920	184 303,49 M.
Beiträge	23 287 343,10
Eintrittsmarken	150 122,40
Postalische Prämien	162 208,40
Grammatiken	570,95
Bonbonnen	40 967,65
Karteile	244,30
Abgabenzahlungen	1 810 242,98
Schenken	745 70,21
Überre	56 049,—
Summe 27 196 753,28 M.	

Ausgabe.

Der Vergütungen an die Ortsverwaltungen	4 660 741,91 M.
Vergütungen an die Bezirke	4 165 000,15
Abgütung, Konferenzen u. Generalversammlung	505 302,51
Gesamtregeleistungshilfe	29 802,64
Arbeitslosenunterstützung	143 957,77
Gefechtshilfe	2 631 149,99
Gefechtshilfeunterstützung	2 131 075,47
Stellengeld	225 872,95
Belohnende Unterstützungen	918,03
Gerichtslosen	30 527,56
Geldzettel	1 565,—
Eigene Sekretariate	173 417,61
Andere Sekretariate	52 656,26
Verbandsorgane (Bürokratien und Sozialräte)	2 457 843,66
Druckereien und Posto	309 719,71
Bildungsabzeuge	112 005,30
Beiträge zum Gemeinkäffelshund	123 476,50
Beiträge zur Bergarbeiterinternationale	20 735,64
Vertriebsungsbeiträge	48 254,50
Verbrauch, persönlich	394 076,03
Verwaltung, öffentlich	310 744,03
Posten f. Erweiterungsgebäude d. Verbandsgebäudes	314 626,12
Überre Ausgaben	156 549,—
Banden	17 473 129,98
Kassen- und Schatzbestand am 31. Januar 1921	476 375,01
Summe 37 196 753,28 M.	

Bermögensübersicht

Banden, Sparassen und Darlehen	25 512 656,82 M.
Verbaute	4 313 000,—
Kassenbestand am 31. Januar 1921	476 375,01

Zußerdem befinden sich in den Belegschaften 3 354 051,23 M.

Zußerdem befinden sich in den Sparassen 3 355 008,71 M.

Zußerdem befinden sich in den Darlehen 1 319 532,24 .

Das Gesamtbemögen beträgt 35 553 403,38 M.

Hermann Vittner, Hauptkassierer.

Vorliegende Abrechnung wurde mit den Belegen, Büchern und den Posten in Übereinstimmung gebracht.

Bochum, den 25. März 1921.

Für den Vorstand: Für den Kontrollausschuss:

Friedrich Walbieder. G. Manns 52c.

Anmerkung zum Kassenbericht.

Die Einnahme aus regulären Beiträgen betrug im Berichtsjahr 1920 insgesamt 23 287 343,10 M., gegen das Vorjahr eine Steuereinnahme von 21 000,00 M. Die Einnahme unter Abzug der Beiträge legt sich aus dem Verlust von Beiträgern und den zum geplanten Streikbeitragserhöhung zu einem Höchstbetrag von 50 M. zur Stärkung des Beitragsfonds ab. Am 1. November 1920 beträgt über 34 000 000 M. für eine Beitragsförderung mit einer weiteren Million steigt in dies bei der heutigen Entwicklung nicht ganz auftriebshaltend. Es ist aber doch immerhin ein Betrieb, dass die Beitragsförderung und Organisationsförderungen an der Stabilität unseres Verbandes nicht zu unterschätzen sind. Dies bestimmt die Einnahme von 180 122,40 M. an Eintrittsmarken, dem Vorschriften über ebenfalls eine Steuereinnahme von 62 600 M. Die Einnahme aus Abgütungen legt sich aus dem Verlust von Beiträgern und den zum geplanten Streikbeitragserhöhung zu einem Höchstbetrag von 50 000 M. zu einer besondern Einnahme von 50 000 M. erzielte, welche den Verband eine besondere Einnahme in Erfahrung tritt. Die Einnahme an Beiträgen mit 720 972 M. im Berichtsjahr beträgt das doppelte gegen das Vorjahr (376 629, M.) und indirekt aufwärts ausreichend zur Befreiung der persönlichen und jährlichen Verpflichtung des Verbandes. Sie kommt in die Beitragsförderung in Berücksicht ohne Beitragsförderung durchgeführt wurde, doch der Beitragsförderung zu 2 M. am 1. April 1920 bis zum Jahresende allein 25 000 000 M. erhöht sich die Beitragsförderung auf die anderen Abgütungen zu 1,50 — das ist auf 1,50. Die Einnahme an Beiträgen entspricht ungefähr der tatsächlichen Mitgliedschaft nach Abzug eines getilften Beitragsfonds der Kassen, die ja in jeder Organisation vorkommen kann. Sie ist jedoch auch nicht ganz im übereinstimmung mit dem tatsächlichen Beitragsfonds.

Im Gegensatz zum Vorjahr weisen die Ausgabenposten für das Geschäftsjahr den Einnahmen entsprechend auch längere Zahlentümchen auf. Aber sie sind verständlich, weil sich gerade durch die notwendige Betriebsförderung aufbaute. Zur Befreiung der Beitragsförderung, der sonstigen Verpflichtungen in den Beiträgen und Beiträgen übereinander insgesamt 8 725 743,00 M. von den Gesamtaufnahmen in den Beiträgen und den Beitragsverwaltungsstellen (im Vorjahr 2 668 582,28 M.), also ein Mehr von 8 070 189,81 M., wodurch allerdings ein Teil als Vermögensbestand in Beiträgen und Beiträgen wieder in Erscheinung tritt. Unter Ausgabe für Agitation usw. befinden sich die Unkosten für die außerordentliche Generalversammlung in Bochum 1919 mit circa 100 000 M. Die Ausgaben für Arbeitslosen-, Streik- und Krankenunterstützung haben eine Mehrausgabe von 4 007 411,68 M. gegenüber dem Vorjahr erfordert. In welcher Weise der Verband unter der allgemeinen Leitung zu leiden hatte, betreffen die Ausgaben für die Sekretariate, die Herstellung der Zeitungen sowie Drucksachen und Posto. Für die Herstellung der Verbandsorgane in Bochum und Saarbrücken betrug die Ausgabe im Vorjahr 878 706,62 M., im Berichtsjahr 2 467 849,66 M., somit eine Mehrausgabe von 1 589 137,04 M., gleich 190 Prozent. Für Drucksachen und Posto wurden im Vorjahr 256 647,31 M. herausgegeben, 1920: 509 719,71 M., ebenso eine Steigerung von 99 Prozent. Die Verarbeitung der Ausgabe dieses Postens ist zum grössten Teil mit auf die Herstellung des Postos zurückzuführen. Dasselbe erfolgte im Jahre 1919 eine Ausgabe von 67 585 M. 1920 aber 171 965 M. Unter Bildungsmedien sind die Ausgaben für Ausschübung der Berichtsstelle verbracht. Die Ausgaben für persönliche Verwaltung sind gegenüber dem Vorjahr ebenfalls gestiegen, was zum Teil auf die der Leitung aufs folge notwendige Gedanktägung und Neuerstellung von Hilfestellung zurückzuführen ist. Die Ausgaben hierfür betragen insgesamt 1,9 Prozent von der Gesamtausgabe. Unter Verwaltungsausgaben, nämlich, befinden sich die Kosten für die neuen Verwaltungseinheiten, deren Beschaffung durch den Erwerbungsbau des Verbandsgebäudes bedingt wurde. Der Erwerbungsbau selbst war eine dringende Notwendigkeit, um in verwaltungstechnischer Hinsicht allen Anforderungen genügen zu können. Unter den Kosten Überre befindet sich der Beitrag zur Universitätskasse für Funktionäre im Betrage von 10 031 M., das weiteren die Ausgaben für einige abgelegene Spitzen, somit einige unserer Gründungsmitglieder im Anfang des Geschäftsjahrs noch belastet waren.

Die Gesamtausgabe verteilt sich auf die einzelnen Posten, prozentual berechnet, wie folgt:

Vergütungen an Ortsverwaltungen und Posto	25,3 Prozent
Konferenzen, Agitation und Generalversammlung	11
Unterstützungen	150
Gerichtsstelle und Gutachten	0
Gelehrte	0,7
Herstellung der Verbandsorgane	72
Drucksachen und Posto	15
Übertragung, Beiträge zum Gewerkschaftsbund und zur Internationalen	0,7
Verwaltung, persönlich	10
Verwaltung, öffentlich	0,9
Erweiterungsgebäude des Verbandsgebäudes	0,2
Überre Theologen	0,5
Darlehen und Sparassen	44,2

Beschäftigt wurden im Durchschnitt 4 Schriftschriften, 8 Buchdrucker, 5 Buchbindere, 1 Landarbeiter und 22 Hilfsarbeiterinnen.

Die gleichzeitige Fortentwicklung war im abgelaufenen Geschäftsjahr eine sehr gute und die ersten Monate des laufenden Jahres zeigen den gleichen Aufschwung.

Bilanz am 31. Dezember 1920.

Aktiva.

Am Kassenbestand	438 70 M.
Bibliothek	1 804,81
Inventar	1,66
Maschinen	5
Schriften	200,40
Ware	64 404,14
Grundstück I	97 000,—
Grundstück II	120 120,—
Grundstück III	51 604,—

405 073,20 M.

Passiva.

Per Darlehen	20 000,— M.
Kontotorrent	7 846,05
Vortrag auf neue Rechnung	7 227,15

405 073,20 M.

Bochum, den 31. Dezember 1920. Gustav Schreiter.

Geprüft und richtig befunden.

Der Vorstand: Dr. Wilhelm Kauermann.

Fr. Walbieder. J. A. Wilhelm Kauermann.

Gewinn- und Verlust-Konto am 31. Dezember 1920.